



**Pressekonferenz vom 27. Mai 2021 9:15 Uhr**

**Die Krise trifft armutsbetroffene Menschen doppelt: Allianz lanciert Forderungen zur Armutsbekämpfung**

---

**Redebeitrag von Avji Sirmoglu  
Internetcafé Planet13**

**\*\* Es gilt das gesprochene Wort \*\***

## **Eine würdige Existenzsicherung**

Eine würdige Existenzsicherung für Menschen in Not bzw. für die Menschen, die Sozialhilfe erhalten, ist für mich und das Internetcafé Planet13 verbunden mit der Würde der Menschen. Wie geht man mit ihnen um und was gibt man ihnen.

Die Existenzsicherung müsste unserer Ansicht nach

- eine entsprechende Höhe haben. Dazu müsste man die Grundsumme für den Grundbedarf auf das Niveau der Ergänzungsleistungen anheben. Das wäre realitätsbezogen.
- Auch die Rückerstattungspflicht der Sozialhilfegelder sollte vollkommen aufgehoben sein sowie auch das Angreifen des Altersguthabens (siehe aktuelle Fälle im Kanton Aargau – Angreifen der Pensionskassengelder). Wenn diese Rückerstattungspflicht nicht aufgehoben wird, dann ist ein Neustart sehr schwer. Im Kanton Aargau beginnt sie schon nachdem man einen neuen Arbeitsplatz findet.
- Hier in diese Richtung gedacht spielt auch die Höhe des Vermögensfreibetrages eine grosse Rolle, um einen Neustart zu ermöglichen. Er müsste angehoben werden auf die Höhe der Ergänzungsleistung.
- Die Berechnung des Grundbedarfes basiert auf Zahlen, die von Statistiken herkommen, welche nicht der Realität der Direktbetroffenen entsprechen.

Um dies zu verdeutlichen nehmen wir die Stadt Basel als Beispiel:

1 Einzelperson erhält an Grundbedarf Fr. 1'006.--

für die Miete erhält eine Einzelperson Fr. 770.--

für die Krankenkasse wird von der Sozialhilfe höchstens 90% der kantonalen Durchschnittsprämie übernommen. Die übrig verbleibenden Kosten trägt die armutsbetroffene Person selber.

Zuerst einmal ist in den heutigen Zeiten eine bewohnbare Wohnung von Fr. 770.- fast nicht zu finden. Gute Beziehungen, die eventuell helfen könnten, fehlen armutsbetroffenen Personen, ein sogenanntes Netzwerk oder das berühmte Vitamin B.

So etwas hat eine solche Person nicht.

Von den Fr. 1'006.-- wiederum muss alles bezahlt werden, was Mensch braucht und auch noch die Serafe-Gebühren dazu. In der so teuren Schweiz läuft man allen Ausgaben fast nach, verschuldet sich und kriegt es nicht auf die Reihe. Auch, wenn Menschen, wie verrückt versuchen zu sparen. Die Lebensmittel sind so teuer hier im Lande, ebenfalls auch die Körperpflegemittel, die Kosten für die Mobilität usw.

Aus diesem Dilemma würde ein neuer Job helfen, der normal anständig bezahlt wird, doch ist das so schwer, wenn man Sozialhilfe erhält, dann ist man stigmatisiert. Die Arbeitgeber sehen einen als Versager an und haben kein Interesse für eine Anstellung.

(Eine Vollzeitbeschäftigungs-Gesellschaft für alle Menschen mag der Wunsch von vielen sein, doch in der knallharten Arbeitswelt spielt sich etwas anderes ab. Die meisten Menschen von unten, die Ungelernten, die Armutsbetroffenen stehen chancenlos da.)

Auch wenn aktuell ein Rahmengesetz für die Sozialhilfe, das in der Bundesverfassung verankert wird wenig Chancen hat, sind doch bereits mehrere Vorstösse glatt verworfen worden, muss dies doch eines Tages verwirklicht werden und ohne eine Nivellierung/Angleichung nach unten.

Diese Politik des Verwerfens wie im Falle des Rahmengesetzes für die Sozialhilfe ist fragwürdig. Es stellt sich die Frage, warum diese Vorstösse keine Chancen haben. Warum die Gemeinden und Kantone nicht in dem Sinne zusammenarbeiten wollen.

Denn der Bund würde sich dann an der Finanzierung beteiligen und sie unterstützen.

Warum wehrt sich denn die Politik dagegen? Warum haben Entwicklungen, die eine gute, eine bessere Zukunft ermöglichen keine Möglichkeit akzeptiert zu werden? Oder geht es darum, dass die Gemeinden und Kantone weiterhin das Zepter in der Hand halten wollen, um über bedürftige Massnahmen und Sanktionen erheben zu können?

Es gab auch andere Vorstösse wie die AEV, die allgemeine Erwerbsausfallversicherung, die eine gute Existenzsicherung ansprach. Das Papier stammte von einer Gruppe des Denknetzes. Die damalige SP-Nationalrätin Sylvia Schenker brachte das Modell AEV in den Nationalrat ein. Sogar zwei Mal und beide Male wurden diese Gedanken und Grundlagen haushoch verworfen.



Aber wir plädieren dahingehend, dass es endlich an der Zeit ist, dass die Menschen eine Existenzsicherung erhalten, die tatsächlich existenzsichernd ist. Und dass die Bedürftigen, die Armutsbetroffenen nicht in den Sozialämtern Sanktionen und Disziplinierungsmassnahmen ständig unterworfen sind sowie einem ununterbrochenen Kontrollmechanismus, der auch geschmälert werden könnte, denn ansonsten beweisen ja die Ämter und alle Dazugehörenden, dass man den bedürftigen Menschen von Anfang an nur misstraut, ihnen für alles Elend und alle Not die Schwarzer-Peter-Karte zuschiebt und ihnen nur knappe Summen zugestehen will (eben nicht existenzsichernd, nicht wirklich), damit man sie immer am Gängelband halten kann.

Genau in dieser Logik spielt sich das Ganze auch in anderen Feldern ab, wie zum Beispiel bei der Ergänzungsleistung. Siehe WOZ-Artikel / Nr. 09/2018 vom 01.03.2018 / Reform der Ergänzungsleistungen kontrolliert und unter Generalverdacht bis zuletzt!

Und auch in der IV werden die Menschen solange kontrolliert und verdächtigt bis schlussendlich wenige IV-Renten festgelegt werden.

Die Sozialhilfe müsste den Rechtsstatus einer Versicherung haben und nicht der Wohlfahrt untergeben sein. Natürlich ändert sich nur damit nicht gleich alles, aber es ein anderer Anspruch vorhanden.

Avji Sirmoglu / Christoph Ditzler